

# Der Geschmack der Freiheit

**Sieben Jahre nach dem Fall der Mauer wächst die Enttäuschung über das neue Deutschland in Ost und West: Ihr habt die Freiheit, aber ihr wißt damit nichts anzufangen, sagen die einen; was nützt die Freiheit, wir wollen Gleichheit, sagen die anderen. Nicht nur an Geld, vor allem an Sinn und Verstand mangelt es der neuen Republik der vereinigten Deutschen.**

**A**us welchem Winkel man den kurzhaarigen, gedrunghenen Mann auch ins Auge faßt: Sein Schädel wirkt groß und viereckig, der Nasenrücken etwas gestaucht. Wenn es um die Wurst geht, schiebt er den Unterkiefer vor und knurrt.

Weil sein Auftritt kraftvoll ist, das Temperament lebhaft und Angriff seine Stärke, war der Genosse Günter Schabowski im Politbüro der SED eine große Nummer. Am 8. November 1989 macht der neue Generalsekretär Egon Krenz ihn zu seinem Minenhund. Als „Informationssekretär“ des Zentralkomitees soll er das mürrische Staatsvolk der DDR in die gerade beschlossene „Wende“ lenken, dabei vom „Glasnost“-Pfad der Wahrheit möglichst nicht abweichen, die Meute der frechen West-Korrespondenten in Schach halten und gleichzeitig allen vitalen Gefahren für die kleine deutsche Republik unauffällig ausweichen. Das ist zuviel verlangt.

Am 9. November 1989, Punkt 18.57 Uhr, tritt Schabowski auf die Mine. Sie sprengt die Berliner Mauer in die Luft und kostet die Deutsche Demokratische Republik das Leben.

„Also, Genossen“, sprach damals der totenblasse, völlig übermüdete Informationssekretär in einer internationalen Pressekonferenz, „wir haben uns dazu entschlossen, heute, äh, eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht, äh, über Grenzübergangspunkte der DDR, äh, auszureisen.“

Ab wann? „Nach meiner Kenntnis... sofort, unverzüglich.“ Gute Nacht, SED. Adieu, DDR.

Das Volk nimmt den Sekretär beim Wort und macht sich auf die Socken. So viele Reisende kann man nicht aufhalten.

Den Grenzwächtern wird blümerant. Was tun? Flüchten oder standhalten? Vielleicht sogar: sterben für die DDR?

Als sich vor dem Übergang Bornholmer Straße 20 000 Menschen drängeln, beschließt Harald Jäger, Oberstleutnant des Ministeriums für Staatssicherheit, auf eigene Faust jegliche Kontrolle einzustellen (siehe Seite 91). Die Mauer hat, kurz nach 22.30 Uhr, ein Riesenloch, ihr erstes. Zwei Minuten nach Mitternacht sind alle Grenzübergänge zwischen Ost- und West-Berlin weit offen.

So beginnt die Nacht der Nächte, die schönste seit dem 7. Mai 1945. Sie leitet über zu drei tollen Tagen, in denen fünf Millionen DDR-Bürger gen Westen aufbrechen.

Endlich frei! Nicht mehr hinter Mauer und Stacheldraht eingesperrt, von Minen, Schäferhunden und Kalaschnikows bedroht. Die Staatsgewalt verkrümelt sich, wird erst höflich, dann unsichtbar. Auf einer Welle von Sekt und Euphorie siegt die Brüderlichkeit. Jeder ist jedem willkommen. Viele Westler sehen zum erstenmal in ihrem Leben einen Ostdeutschen und seinen braven Trabi. Es gibt für alle 100 Mark „Begrüßungsgeld“, auch für die kleinen Kinder.

So hell wie damals, am dunklen November-Wochenende 1989, hat Deutschland seither nicht mehr gestrahlt. Doch die fröhliche Anarchie – wörtlich genommen: Herrschaftslosigkeit – währt nur wenige Tage. Dann rappeln sich die



**Mauerstürmer am 11. November 1989 in**

Staatsgewalten auf. Es gibt wieder Stempel, Strafmandate, Reiseregeln.

Wenn „Revolution“ den erzwungenen Transfer der Macht im Staate bedeutet, dann war die unblutige Erhebung im November 1989 wirklich eine Revolution. Dann hat auch der Bundespräsident Roman Herzog recht, der den Franzosen Mitte Oktober dieses Jahres in Paris erläutert hat, daß „der Fall der Bastille am 14. Juli 1789 und der Fall der Mauer am 9. November 1989 zwei Symbole für das Ende von Unterdrückung und Unfreiheit“ sind.

Nur sehen das die neuen Bundesbürger mehrheitlich ganz anders. Alle Meinungsumfragen ergeben ein graues Bild tiefer Tristesse: Drei von vier Ostdeutschen sind fest davon überzeugt, daß die deutschen Bürger vor dem Gesetz nicht gleich sind, ebenso viele halten sich selbst für „Bürger zweiter Klasse“. Sie fühlen sich weder vom Recht noch von der Polizei geschützt.



11./12. 11. 1989: An diesem Wochenende reisen drei Millionen DDR-Bürger in die BRD und nach West-Berlin.

**18. 11. 1989, Demo-Schild des Neuen Forums: „SED+Stasi lacht: Volk durch Visa besoffen gemacht!?“**



17. 12. 1989: Der „Musikantenstadl“ spielt in Cottbus – zum erstenmal in einer ostdeutschen Stadt.



A. SUND / VISUM

**Berlin:** Die Staatsgewalt wird erst höflich, dann verkrümelt sie sich, dann ist sie unsichtbar



D. EISERMANN / DAS FOTARCHIV

**Deutsch-deutsche Grenze bei Travemünde (1990):** Alter Wachturm, neues Eis

Ein Verbrecher, so meint jeder zweite Ostdeutsche, werde im wiedervereinigten Deutschland besser geschützt als ein normaler Bürger.

Daß die „Demokratie in der Bundesrepublik die beste Staatsform“ sei, glauben im Westen gut 70 Prozent der Befragten, in den neuen Bundesländern aber nur 30 Prozent.

Am schlechtesten aber steht es um die Freiheit. Sie ist bei dieser deutschen Revolution unter die rollenden Räder gekommen. Siegesgewiß verkündete der Berliner ADAC-Chef Wolf Wegener schon fünf Tage nach dem Fall der Mauer: „Gerade jetzt hat das Auto bewiesen, daß es ein maßgebliches Stück Freiheit ist. Der Trabi ist dafür Symbol.“

Als das „Zentrum für Gerechtigkeitsforschung“ der Potsdamer Universität im letzten Jahr 329 Brandenburger nach ihren „Veränderungserfahrungen“ befragte, lobten 194 die neue Reisefreiheit



**13. 11. 1989, Stasi-Chef Erich Mielke vor der Volkskammer:** „Aber ich liebe doch alle!“



**7. 12. 1989:** Zum erstmalig tritt der Runde Tisch zusammen, die Gespräche werden von Kirchenvertretern moderiert.

**22. 12. 1989:** Das Brandenburger Tor wird wieder für Fußgänger geöffnet.



T. BILLHARDT

**DDR-Arbeiterbrigade im Trassenbau: „Festigung der politischen Macht der Arbeiterklasse“**

als positive Veränderung, aber nur 38 Neubürger die importierte „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ samt Roman Herzog und den Menschenrechten.

Je länger Mauersturm und Wiedervereinigung zurückliegen, desto liebenswerter verklärt sich die DDR. Werden Ostdeutsche nach ihren Empfindungen bei der Wiedervereinigung befragt, so erinnern sich lediglich sieben Prozent an das schöne Gefühl „Freiheit“, gut dreimal so viele aber an ihre Ängste vor beruflichem und sozialem Abstieg, vor der Zukunft und einer Verschlechterung der persönlichen Lebensverhältnisse.

Selbst die Repression im Namen der sogenannten Diktatur des Proletariats wird aus dem Gedächtnis getilgt. „Was war nach Ihrer Meinung für die DDR typisch?“ fragte das Gesellschaftswissenschaftliche Forum Berlin 1990 und 1995 die neuen Bundesbürger. „Gängelei und Bevormundung“ konstatierten 1990 noch

73,4 Prozent, fünf Jahre später nur noch 40,4 Prozent. An die „totale Überwachung“ erinnerten sich 1995 nur noch 42,0 Prozent der Ex-DDRler, 1990 waren es 72,6 Prozent gewesen.

Auf die Frage „Wie bewerten Sie heute die DDR?“ erklärte eine satte Dreiviertelmehrheit selbstgefällig und zufrieden: „Die DDR war vor allem der Versuch, eine gerechtere Gesellschaft zu gestalten.“ Deshalb, sagt der Leipziger Psychotherapie-Professor Michael Geyer, „pflegt der Ostdeutsche diese tiefgreifende Überzeugung, er sei im Grunde der bessere Mensch“.

Vergessen oder verdrängt hat die Mehrheit der Untertanen, daß die Deutsche Demokratische Republik eine totalitäre Diktatur war – mit allen dazugehörigen Merkmalen: dem allein gültigen Herrschaftsanspruch einer Einheitspartei, ihres Politbüros und des Generalsekretärs, verherrlicht durch einen byzantinischen Personenkult; einer ter-

roristischen Geheimpolizei, die „flächendeckend“ überwachte und jede Opposition im Keim „zersetzte“, notfalls „liquidierte“ (siehe Seite 85); schließlich einem Zukunftsanspruch, der für spätere Zeiten paradiesische Zustände verhiieß.

Versprochen war ein „Reich der Freiheit“, dazu das „Absterben des Staates“. So hatten es Marx und Engels schon im letzten Jahrhundert als geschichtliche Notwendigkeit vorausgesagt.

Die Sache hat jedoch einen Haken, den das „Kleine Politische Wörterbuch“ der DDR 1983 so beschrieb: Die „entscheidende politische Bedingung“ für die „Vervollkommnung der gesellschaftlichen und persönlichen Freiheit“ im Sozialismus und später im Kommunismus sei die „Festigung der politischen Macht der Arbeiterklasse“. Erst müsse der Mensch, unter Führung der Partei, das gesellschaftliche Leben „planmäßig und bewußt regeln“, dann nehme die „ökonomische Leistungskraft des Sozialismus“ sowie die „Bewußtheit der Werktätigen“ erstaunlich zu, und erst am Ende gelte die Regel: „Jedem nach seinen Bedürfnissen.“

Auf dem Weg zum „Reich der Freiheit“ mußten die Bürger viele Unfreiheiten erdulden: Es gab weder freie Wahlen noch Meinungs-, Presse- oder Reisefrei-

heit; die wenigsten konnten sich ihren Beruf oder den Arbeitsplatz selbst aussuchen; Künstlern verordnete die SED eine Zensur, den Konsumenten die Planwirtschaft (wobei der Zufall durch den Fehler ersetzt wurde), dem Rechtsuchenden eine Justiz nach SED-Bedarf und allen, vom Säugling bis zum Greis, die permanente Erziehung zwecks Schaffung „allseitig entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten“. Die waren so frei wie Fliegen im Mustopf.

Ohnehin ist Freiheit – definiert als Eigenschaft des menschlichen Willens, spontan inhaltliche Willensbestimmungen selbst hervorbringen – in den deutschen Landstrichen östlich der Elbe nie heimisch gewesen. „Der Engländer liebt die Freiheit wie sein rechtmäßiges Weib“, erkannte der Dichter Heinrich Heine 1828, „der Franzose wie seine Braut, der Deutsche wie seine alte Großmutter.“

Nicht einmal 15 Jahre – von 1918 bis 1933 – herrschten in Sachsen, Thüringen



**15. 1. 1990: Demonstrationen stürmen die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg.**

**21. 1. 1990: Die DDR-Außenhandelsfirma Limex beginnt mit dem offiziellen Verkauf von Bruchstücken der Berliner Mauer.**



**8. 3. 1990: Die 173 000 „Inoffiziellen Mitarbeiter“ der Stasi werden offiziell von ihren Verpflichtungen entbunden.**

**12. 3. 1990: Letzte Tagung des Runden Tisches mit einem Appell gegen den Beitritt der DDR.**

und Mecklenburg, in und rund um die Hauptstadt Berlin einigermaßen freiheitliche Verhältnisse. Vorher dressierten dort die Hohenzollern ihre Untertanen, später die Nazis, dann die russische Besatzungsmacht und deren deutsche Helfer. „Freiheit“, so hatte schon Reichskanzler Bismarck sein Volk gewarnt, sei eben ein „vager Begriff“, ein „Luxus, den sich nicht jedermann gestatten kann“.

„Freiheit“ definieren die Bürger der neuen Bundesländer mehrheitlich noch immer ganz anders als die Deutschen westlich der ehemaligen Zonengrenze. Dort verordneten Amerikaner, Engländer und Franzosen 1945 den Besiegten ein Nachhilfeprogramm.

Nach gut 20 Jahren trug es sichtbar Früchte. Seit Anfang der siebziger Jahre verstehen die Bundesbürger wie ihre westlichen Alliierten unter Freiheit vor allem die liberalen Freiheitsrechte des einzelnen gegenüber dem Staat, das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Rechtsstaatlichkeit. Freiheit des Individuums gegenüber dem Staat gilt als der oberste Wert der Demokratie.

Im Osten hingegen hat ein totalitärer Freiheitsbegriff überdauert. Der untergegangene Staat versprach seinen Untertanen als Freiheit nur die Abwesenheit von Not, Arbeits- und Obdachlosigkeit – mit hin Fürsorge statt Freiheit.

Mit dem Freiheitsstreben der Bevölkerung in den neuen Bundesländern ist es, wie Meinungsumfragen beweisen, noch immer nicht weit her – keine Überraschung angesichts der jahrhundertelangen Gängelung. Auf die Allensbach-Frage, welche Freiheit dem einzelnen „persönlich sehr wichtig“ sei, antworteten 13 Prozent, das sei die „Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit“, 15 Prozent optierten für die „freie Wahl zwischen verschiedenen Zeitungen“ – 75 Prozent der neuen Bundesbürger bezeichneten jedoch die „Freiheit von finanziellen Risiken bei Krankheit“ als sehr wichtig, ein sicherer erster Platz für dieses Freiheitsstreben.

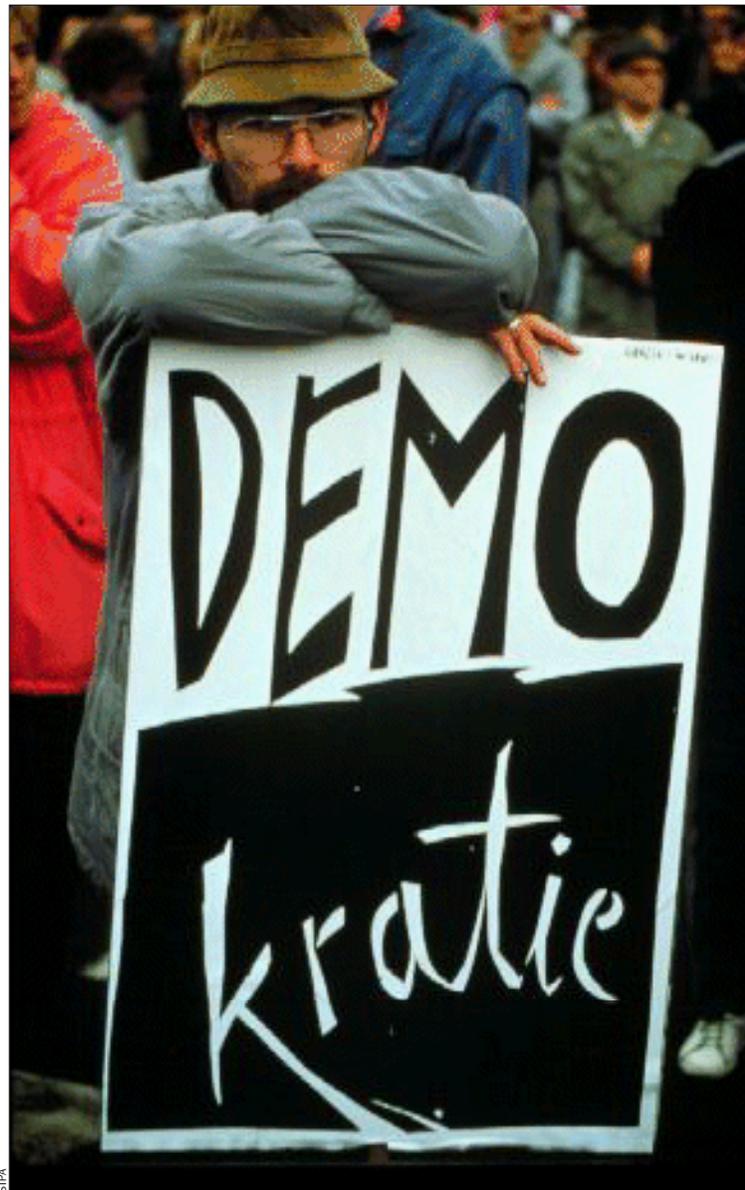
„Einschränkungen der bürgerlichen Freiheit scheinen der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung ein akzeptabler Preis zu sein“, kommentiert das Allensbacher Institut seine Zahlen, „wenn dafür mehr Sicherheit vor Risiken erreicht wird.“ Konsequenterweise ist die „Freiheit von Staatsüberwachung“ nur jedem zweiten Ex-DDRLer persönlich sehr wichtig und die „freie Wahl zwischen politischen Parteien“ nur jedem dritten. Die Ostdeutschen, schreibt das *Neue Deutschland*, wollen sich die DDR

nicht nehmen lassen – aber sie auch nicht wiederhaben.

Statt Freiheit wird „Gleichheit“ gewünscht. „In Freiheit leben und sich ungehindert entfalten“, das wollen laut Allensbach in den neuen Bundesländern nur 35 Prozent der Bürger (1990 noch 47 Prozent). Vor die Wahl zwischen Freiheit und Gleichheit gestellt, antworteten in diesem Frühjahr 47 Prozent (1990: 41 Prozent) der Befragten, ihnen sei „Gleichheit am wichtigsten, daß also niemand benachteiligt ist und die sozialen Unterschiede nicht so groß sind“. Insgesamt findet die Forderung „Mehr Gleichheit, weniger soziale Unterschiede“ bei 77 Prozent der Ostdeutschen eine positive Resonanz.

Gleichheit, verstanden als Fürsorge, Schutz und Sicherheit, sehen die neuen Bundesbürger im vereinigten Deutschland höchst mangelhaft entwickelt. Die „Rückübertragung wesentlicher Lebensrisiken an den einzelnen“ habe zu einer „partiellen Überforderung“ geführt, diagnostiziert das Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Wer in der DDR sozialisiert worden ist, der empfindet den bundesdeutschen Arbeits- und Wohnungsmarkt als Hai-fischbecken.

Seit der Wiedervereinigung ist im Osten nichts mehr so, wie es war, während sich im Westen nur die Postleitzahlen geändert haben. „Ich mache auf Schritt und Tritt Fehler“, klagt Hans-Joachim Maaz aus Halle, „ich weiß nicht mehr Bescheid, mir fehlen die gewohnten Orientierungen, alles Bisherige gilt nicht mehr oder ist entwertet.“ Dabei ist der Mann Psychiater, war schon zu DDR-Zeiten ein Oppositioneller und spürt nun wieder das „bekannte unangenehme Gefühl von Unterdrückung“. Sein Fazit: „Wir sind die besiegten neuen Untertanen.“



Ost-Berliner am 4. November 1989: Luxus Freiheit

Maaz leide am „Kulturschock“, stellt der Politologe Wolf Wagner, 52, fest. Wagner stammt aus Schwaben, lehrt seit 1992 an der neugegründeten Fachhochschule Erfurt und hat seine Erfahrungen mit Osis, Wessis und sich selbst jetzt in einem klugen Buch niedergelegt: „Kulturschock Deutschland“\*.

Zu so einem Schock gehört ein halbes Dutzend psychischer Reaktionen: Streß wegen der geforderten Anpassungsleistungen; Verlustängste hinsichtlich Beruf, Status und Eigentum; das Gefühl, von den neuen Herren abgelehnt zu werden; Verwirrung über die eigene Rolle,

\* Wolf Wagner: „Kulturschock Deutschland“. Rotbuch Verlag, Hamburg; 238 Seiten; 29,80 Mark.



Juni 1990: In der DDR untergetauchte RAF-Aussteiger werden verhaftet: Susanne Albrecht, Inge Vielt, Silke Maier-Witt u.a.

18. 3. 1990: Erste freie Volkskammerwahl;  
CDU 40,8%, SPD 21,9%, PDS 16,4%,  
FDP 5,3%, Bündnis90 2,9%.

21. 4. 1990: Bei einer Bürgerbefragung votiert eine Dreiviertelmehrheit dafür, daß Karl-Marx-Stadt wieder Chemnitz heißen soll.



**Fluchtversuch in Ost-Berlin (April 1989):** Ruhe und Ordnung ganz oben

über Werte und Identität; Empörung über das Ausmaß der kulturellen Unterschiede; schließlich Ohnmachtsgefühle, weil man mit der neuen Situation nicht zurechtkommt.

Seit 1989 sind 1,6 Millionen Ostdeutsche gen Westen gezogen – meist junge, talentierte, arbeitsfähige Menschen. Die Zurückgebliebenen definieren sich, wie zu DDR-Zeiten, gelegentlich selbstironisch als „Der Doofe Rest“. 29 Prozent von ihnen nannten es im Sommer dieses Jahres einen „Fehler beim Aufbau Ost“, daß es „zuwenig finanzielle Hilfe aus dem Westen“ gegeben habe – eine kühne These angesichts von rund 1000 Milliarden (West-)Mark „Transferleistungen“ seit der Einheit.

Der verbreitete Widerwille gegen die bürgerlichen Freiheiten und die Sehnsucht nach Gleichheit, Sicherheit, Risikoschutz werden durch die ökonomischen Verwerfungen der Nachwendezeit immer wieder neu stimuliert. Nur brave Staatsdiener – Polizisten, Kommunalbedienstete, Lehrer und das Justizpersonal – blieben vom kapitalistischen Erdbeben verschont, verließen geräuschlos die SED und stehen jetzt fest auf dem Boden der neuen Grundordnung, meist schon als bundesdeutsche Beamte besoldet.

Die meisten anderen suchen noch Halt und sicheres Einkommen, leitende Kader der Partei und des Staates ebenso wie die einfachen Arbeiter. Nur jeder vierte Ostdeutsche ist seit der Wiedervereinigung ununterbrochen im gleichen Betrieb tätig. Von den Folgen der Herbstrevolution des Jahres 1989 werden vor allem jene gebeutel, die damals

gegen das marode System und seine verdorbenen Greise auf die Straße gingen.

Mitte Oktober hat die Potsdamer Universität die Ergebnisse einer „Elitestudie“ vorgestellt. Befragt wurden Führungskräfte aus West und Ost – Politiker, Militärs, Gewerkschafter, Beamte. Je nach geographischer Herkunft kultivieren die Eliten einen eigenen „Werteaushalt“, weitgehend unabhängig von der Parteipräferenz.

Die westdeutschen Eliten wollen einen liberalen Staat, eine repräsentative Demokratie und sind kaum bereit, für staatliche Leistungen auf individuelle Freiheitsrechte, Selbst- und Mitbestimmung zu verzichten.

Ost-Eliten, so heißt es in der Potsdamer Untersuchung, bevorzugen hingegen „ein Staatskonzept, welches auf eine möglichst umfassende wirtschaftliche Steuerung und Initiative sowie eine sehr weitreichende Absicherung des Individuums gegen soziale Risiken abzielt“.

Die ostdeutschen Führungskräfte sind sicher, daß die einheimische Bevölkerung damit einverstanden ist, Freiheiten gegen Sicherheiten, Autonomie gegen Vormundschaft einzutauschen.

Für die Bevölkerung in den neuen Bundesländern rangiert der Wunsch nach „Ruhe und Ordnung“ ganz oben auf der Werteskala (55 Prozent), der Schutz der Meinungsfreiheit ganz unten (4 Prozent), noch hinter dem Wunsch nach „stabilen Preisen“ (10 Prozent).

Die Ost-West-Unterschiede hinsichtlich der wichtigen Wertorientierungen haben sich, berichtet die Projektgruppe „Identitätswandel“ des Gesellschaftswissenschaftlichen Forums Berlin im „Sozialreport“, im letzten Jahr noch verstärkt, „die Gräben vor allem im mentalen Bereich“ haben sich „vertieft“, und die „kritischen Werturteile“ der Ostdeutschen über Deutschland, einig Vaterland haben „zugenommen und sich stabilisiert“.

Wohin das führen wird, ist offen. Optimisten hoffen auf die Jugend, weil nur acht Prozent der Heranwachsenden in Ostdeutschland „No future“-Gefühle hegen. Pessimisten fürchten, daß ein Grundkonsens über Freiheit, Gleichheit und Demokratie in den nächsten Jahrzehnten nicht zu erreichen sein wird. Man müsse schon froh sein, wenn an die Stelle gemeinsamer Wertauffassungen der Wille tritt, in einem Staat zusammenzuleben und die regional verwurzelten Konflikte über Sein und Haben zivilisiert auszutragen.

Günter Schabowski geht mit gutem Beispiel voran. Als einziger leitender Funktionär der SED hat er sein Tun bereit, empfindet er „Schuld und Schmach“ und bittet die Angehörigen der Maueropfer um „Verzeihung“.

An die Zeit nach dem Mauerfall erinnert sich Schabowski voller Wehmut:



**Funktionär Schabowski in Ost-Berlin (1989)**  
„Die freiheitlichsten Wochen meines Lebens“

„Das waren die freiheitlichsten Wochen meines Lebens.“ Jetzt arbeitet der 67jährige bei einem Anzeigenblatt im nordhessischen Rotenburg, als Redakteur und Pendler. Montags und donnerstags sitzt er im „Politbüroprozeß“ mit Egon Krenz und anderen Kadern im Berliner Landgericht auf der Anklagebank.

Die 27. Große Strafkammer wird Günter Schabowski die neue Freiheit voraussichtlich nehmen. Man rechnet mit sechs Jahren Gefängnis.

*Hans Halter*

1. 7. 1990: Beginn der Währungsunion; ein Grundbetrag pro Person wird 1:1 umgetauscht, weitere Guthaben zum Kurs 2:1.



20. 7. 1990: Rekruten der Nationalen Volksarmee schwören erstmals einen neuen Fahneneid, der sie nicht mehr dazu verpflichtet, den Sozialismus zu verteidigen.

12. 9. 1990: Der Mittelfeldspieler Matthias Sammer aus Dresden, der soeben zum VfB Stuttgart übergewechselt ist, schießt zwei Tore beim letzten Länderspiel der DDR.